zatur und die Wiederherstellung der Monarchie.

Gerade diese Kampfansage, die sich — es ist charakteristisch — ein Prinz im Jahre 1926 in der deutschen Republik erlauben darf, zeigt der Arbeiterschaft, daß sie mit ihrer Forderung der entschädigungslosen Enteignung der vormaligen Fürstenhäuser die monarchistische Reaktion an einer ihrer empfindlichsten Stellen packt.

Deshalb rücksichtslos vorwärts auf den beschrittenen Wegen zur restlosen Enteignung des Fürstengesindels! Nicht nachgeben, auch nicht um Haaresbreite!

Noch ein Wort an die sozialdemokratischen Arbeiter: Sozialdemokraten waren nach Wilhelm II. „Reichs- und Vaterlandsfeinde", Kommunisten sind nach „demokratischer Justiz" in der Republik gemeine Verbrecher. Ja, die Entwicklung dieser „glorreichen" Republik hat bereits dahin geführt, daß ein sozialdemokratischer Staatsanwalt vor die Schranken des Gerichts geschleppt wird, weil er gegen Arbeiter nicht scharf genug vorgegangen sein soll. Ein Weg, der zu denken gibt.

Ihr habt eure Führer gezwungen, mit der Kommunistischen Partei gemeinsam einen Volksentscheid zur völligen Enteignung der Fürstenhäuser durchzuführen. Euch sozialdemokratischen Arbeitern sagen wir täglich, daß wir euren Führern nicht über den Weg trauen. Wie recht wir damit haben, beweist die Haltung eurer Führer zum zweiten Luther-Kabinett. Die neue Reichsregierung wendet alle Mittel an, um der Massenbewegung in der Frage der Fürstenabfindung das Genick zu brechen, um den Volksentscheid überhaupt unmöglich zu machen. Haben euch eure Führer schon ein Wort gesagt, was sie tun wollen, um die eingeleitete Aktion zum Erfolg zu führen?

Wenn es nach dem Luther-Kabinett geht, werden die Fürsten „ihre" Milliarden bekommen. Wenn es dann nach dem Prinzen Friedrich Wilhelm zu Lippe geht, werden diese 3 Milliarden zur Wiederaufrichtung der Monarchie helfen.

Kein sozialdemokratischer Arbeiter wird leugnen können, daß dann die faschistische Diktatur die Redensart Wilhelms II.: „Jeder Sozialdemokrat ist ein Reichs- und Vaterlandsfeind" weit in den Schatten stellen wird.

Wenn in der Republik schon sozialdemokratische Arbeiter von Faschisten ungestraft über den Haufen geschossen werden dürfen, was soll dann erst unter einer Monarchie werden? Auch dieser Weg sollte euch zum Nachdenken veranlassen.

Die Passivität der sozialdemokratischen Führer ist ebenso bekannt, wie die Aktivität der neuen Luther-Regierung, die den Volksentscheid auf alle Fälle verhindern will. Jetzt liegt es an euch, eure Führer zu weiteren Taten zu zwingen, aber auch den Widerstand der Luther-Regierung zu brechen. Die Sabotageabsichten des Kabinetts beweisen, daß die Regierung sich über den erfolgreichen Ausgang der Volksabstimmung nicht im unklaren ist.

Die Einheitsfront, die ihr in dieser Frage mit euren parteilosen und kommunistischen Klassengenossen habt, muß ausgebaut werden.

Nicht nachgeben, auch nicht um Haaresbreite!

Hörsings schwarz-weiß-rote Kumpanei

Unter der Ueberschrift „Neuorganisation der Zeppelin-Eckener-Spende" meldet die Telegraphenunion:

„Fast in allen Provinzen und Ländern haben sich in der letzten Zeit Provinzial- bzw. Landesausschüsse für die Zeppelin-Eckener-Spende gebildet, um die einzelnen Gebiete systematisch zu einer einheitlichen Organisation zusammenzufassen und den Gedanken der Spende bis in die kleinsten Gemeinden und Dörfer hineinzutragen."

Am interessantesten an dieser Meldung sind die Unterschriften.

An der Spitze marschiert nämlich der Oberpräsident Sozialdemokrat und Reichsbannerführer Otto Hörsing.

Ihm zur Seite stehen neben dem Oberpräsidenten von Hannover, Gustav Noske, neben dem sozialdemokratischen Oberpräsidenten von Schlesien, Zimmer, und neben dem sozialdemokratischen Staatspräsidenten Ulrich vom Freistaat Hessen der völkische Ministerpräsident von Mecklenburg und Fememordschützer Freiherr v. Brandenstein, und der Vorsitzende des Verbandes sächsischer Industrieller, Moras.

Sozialdemokraten, völkische Fememordschützer, der Hauptvertreter der sächsischen Industrie in gemeinsamer Front!

Die Zeppelin-Eckener-Spende, deren Korruption bekannt wurde, ist eine Futterkrippe faschistischer Offiziere. Schon vor Monaten forderte Hörsing — allerdings erfolglos — die Organisationen des Reichsbanners auf, die Eckener-Spende zu unterstützen. Gerade jetzt, wo mit aller Kraft die entschädigungslose Enteignung der Fürsten durchgesetzt werden muß, übernimmt Herr Hörsing die Neuorganisierung der Eckener-Spende.

Wollen die Reichsbanner-Kameraden mithelfen, den Klingelbeutel für diesen schwarz-weiß-roten faschistischen Eckenerschwindel zu schwingen?

Unmöglich! Jeder Pfennig, den ein Arbeiter übrig hat, gehört der finanziellen Unterstützung des Volksentscheids!

Sammel-Liste

für die Durchführung des Volksentscheids zur Fürstenabfindung

Gegen die unverschämten Forderungen der Fürsten — die insgesamt etwa 3 Milliarden Abfindung fordern — ist ein Gesetzentwurf für die Enteignung der Fürsten gemeinsam von der

Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei

eingereicht worden und ein Volksentscheid verlangt. Alle Werktätigen müssen nach ihren Kräften an der Agitation mit teilnehmen und den Kampf des Volkes gegen die Fürsten unterstützen.

Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Name	Betrag Mk.	Pf.	Name	Betrag Mk.	Pf.
			Uebertrag:		

Wie veröffentlichen vorstehend einen Abdruck unserer Sammelliste, um ein für allemal den sozialdemokratischen Angriffen gegen uns zu begegnen. Aus dem Text geht ganz klar hervor, daß die Sammelliste herausgegeben ist von der Kommunistischen Partei Deutschlands. Die sozialdemokratische Presse hat in verschiedenen Ausführungen die KPD. angegriffen und ihr vorgeworfen, daß die Sammlungen unloyal durchgeführt werden. Die getroffenen Vereinbarungen gingen darauf hinaus, daß jede Organisation die Agitation selbständig führt und auch selbständig Sammellisten herausgibt. Selbst der ADGB. hatte sich verpflichtet, seine Mitglieder aufzufordern, auf den Sammellisten der beiden Parteien zu zeichnen. Wenn unsere Genossen bei der Sammlung aktiver sind als die sozialdemokratischen Funktionäre, so ist es selbstverständlich, daß sie auch einen größeren Erfolg bei den Sammlungen haben. Die sozialdemokratische Presse versucht vergeblich, uns irgendeine Sabotage oder unloyale Handlungsweise nachzuweisen. Die getroffenen Vereinbarungen sind von uns in allen Teilen gehalten und in keiner Weise durchkreuzt worden. Wir dulden in unseren Reihen keine Landsberge. Zentralkomitee der KPD. Sekretariat

Massenaufmarsch gegen die Fürsten unter dem Banner der Kommunisten

Berlin, 27. Februar. (Eig. Drahtbericht.) **Die Kommunistische Partei hatte die werktätige Bevölkerung zu gestern abend zu 12 Versammlungen aufgerufen. Die Versammlungen wiesen einen Massenzustrom auf, wie er in den letzten zwei Jahren nicht zu verzeichnen war. Sämtliche Versammlungen waren überfüllt. Es mußten Parallelversammlungen abgehalten werden, die ebenfalls nicht imstande waren, die Menschenmengen zu fassen. Viele Tausende mußten umkehren. Eine Resolution wurde in allen Versammlungen einstimmig angenommen, die sich für die Einheitsfront gegen die Fürstenräuber, die Unternehmeroffensive und Reaktion einsetzt.**

Ein Angriff gegen die Erwerbslosenunterstützung

Der „Dresdner Anzeiger" unternimmt in seiner heutigen Ausgabe einen Vorstoß gegen die Erwerbslosenunterstützung. Unter der Ueberschrift: „Auswüchse der Erwerbslosenfürsorge" veröffentlicht er eine Zuschrift aus Braunkohlenbergbautreisen, in der die Arbeiter auf das wüsteste als Faulenzer beschimpft werden. Der „Anzeiger" behauptet, daß die Arbeiter, weil sie die Erwerbslosenfürsorge bekommen, nicht arbeiten wollen. In einer Kohlengrube werden 170 Mann beschäftigt trotzdem müsse die Firma Leute von auswärts heranholen. Jetzt habe man 75 Mann geholt, diese jedoch haben Saufgelage veranstaltet, die Siedlung beschädigt. Von 68 von auswärts Vermittelten haben 64 in kurzer Zeit die Arbeit verlassen und seien in ihre Heimat abgereist.

Die Antreiber- und Ausbeutungsmethoden in dieser Grube müssen jeder Beschreibung spotten, wenn von 68 Leuten 64 nach einigen Tagen wieder austreten und das elende Dasein mit einer vollständig unzureichenden Erwerbslosenunterstützung der Mordarbeit vorziehen.

Der „Anzeiger" aber unterstützt die Kapitalisten, er erklärt, daß die Zustände starker Abwanderungen auch auf anderen Gebieten seien. Die Landwirtschaft habe auch keine Arbeiter. Hier steht aber ebenfalls die Tatsache der hundsmiserablen Bezahlung fest.

Dort, wo die Unternehmer noch schlechter zahlen, wie das schon allgemein geschieht, bleiben selbstverständlich die Arbeiter nicht. Der „Anzeiger" aber verlangt, daß man die Arbeiter zu Sklaven zwingt. Er fordert, daß Wandel auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge geschaffen werde. Also Abbau der Erwerbslosenfürsorge. Die Antwort der Arbeiter an den „Anzeiger" muß die sofortige Abbestellung sein.

Die sächsischen Sozialdemokraten

Die Sächsisch-Böhmische Korrespondenz veröffentlicht heute eine Mitteilung über eine am Sonntag stattgefundene Parteifunktionärversammlung der Sozialdemokraten. Auf dieser Konferenz sei es zu heftigen Angriffen von Arzt gegen die Rechten gekommen. Arzt soll erklärt haben, er werde jetzt Material bringen, nach dem Heldt dorthin komme, wo Zeigner gewesen sei. Weiter habe Arzt scharfe Angriffe gegen Winkler, Innenminister Müller und den Polizeipräsidenten Kühn gerichtet. Am Dienstag fand eine Gesamtsitzung der sozialdemokratischen Fraktion statt, in der es ebenfalls zu heftigen Zusammenstößen kam.

Aus dem Femesumpf

Berlin. Zu den schwerwiegenden Belastungen Ahlemanns und Walles durch Grütte-Lehder, die die Vorbereitung zu einem Attentat auf den Innenminister Severing und die Anstiftung zum Mord an Dammers betreffen, sollen die Angegriffenen bei der Staatsanwaltschaft eine Untersuchung gegen sich beantragen wollen. Da nach dem Briefe Grütte-Lehders der Oberstaatsanwalt Jäger bewußt die Strafverfolgung der Beschuldigten sabotiert hat, ist eine solche Geste der völkischen Mordanstifter sehr billig. Wie die VS.-Korrespondenz mitteilt, soll der Oberstaatsanwalt Seethe, der als Ankläger im Pannierprozeß ein feines Zusammenspiel mit dem Landgerichtsdirektor Bombe lieferte, dem Oberstleutnant a. D. Ahlemann ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht haben, er brauche bei der Polizei nicht auszusagen.

Karl Marx und Heinrich Heine

In diesen Tagen waren es 70 Jahre, da Heine auf seiner Matratzengruft in Paris starb.

Den „entschiedensten und geistreichsten" seiner „Landsleute" nannte Heinrich Heine noch kurz vor seinem Tode Karl Marx. Und Mehring hat in seiner Marxbiographie überzeugend dargelegt, wie tief der Eindruck des fast zwanzig Jahre jüngeren Marx auf Heine gewesen ist, das Jahr 1844 ist ein Gipfel in Heines Produktion gewesen, seine revolutionäre Lyrik hat sich unzweifelhaft unter dem Einfluß Marx' entfaltet. Die Weberbewegung selbst und die Erkenntnis der Ursachen und Lösung der Krise, wie Marx sie dem Dichter vermittelte, haben Heine ins rechte Fahrwasser geleitet. Der Taufpate des Weberliedes war Karl Marx.

Und Marx selbst wieder hat so viel von Heine gehalten, daß er über eine Taktlosigkeit des todkranken Dichters hinwegsah und sich von Engels ständig über das Befinden Heines unterrichten ließ. Man kann das Verhältnis Marx' zu Heine eigentlich nur noch mit den Beziehungen Lenins zu Gorki vergleichen.

Publizistisch haben die beiden an den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern" gemeinsam gearbeitet, und später trafen sie sich wieder am Pariser „Vorwärts". Aus einer kürzlich erschienenen Publikation: „Gespräche mit Heine" (Ruthen u. Loening, Frankfurt a. Main) erfährt man einiges über den persönlichen Verkehr zwischen Marx und Heine, der sehr eng und intimer gewesen ist, als man gemeinsam annimmt, und um so interessanter erscheint, wenn man weiß, wie wenig zugänglich sowohl Marx und Heine waren.

Eine Zeitlang sprach Heine täglich bei Marx in Paris vor, las Karl Marx und seiner jungen Frau seine Gedichte vor und holte ihr Urteil ein. Marx' Tochter hat erzählt, daß Heine oft weinend erschien, weil ihn eine Kritik verletzt hatte. Und Marx schickte ihn dann zu seiner Frau, um ihn zu trösten. Als eines Tages die kleine Jenny Marx von heftigen Krämpfen befallen war, standen Marx und Frau verzweifelt und ratlos um die Tochter, da erschien gerade Heine und rief aus: „Die Kleine muß in ein Bad." Mit eigener Hand richtete er das Bad her, legte das Kind hinein und rettete sein Leben.

Die alte Jenny hat später erzählt, daß Marx die politischen Schwächen Heines nachsichtig beurteilte. Sie überliefert einen Auszug, der uns wieder an Lenins Stellung zu Gorki erinnert: „Dichter sind sonderbare Käuze. Man muß sie ihre Wege wandeln lassen." Trotzdem steht einwandfrei fest, daß Marx bewußt einen Einfluß auf Heines politische Haltung ausgeübt hat; auch Arnold Ruge bezeugt dies; vorlaut, wie er stets gewesen ist, nimmt er natürlich für sich in Anspruch, Heine entscheidend beeinflußt zu haben. Er behauptet, die Wendung zur politischen Satire verdankte Heine ihm und Marx. „Wir sagten ihm: Lassen Sie doch die ewige Liebesnörgelei und zeigen Sie den poetischen Lyrikern mal, wie man das richtig macht — mit der Peitsche!" Bei dem engen Verhältnis zwischen Marx und Heine dürfen wir schon annehmen, daß der Einfluß Marx' größer gewesen ist, als der des vorlauten, überheblichen Ruge.

Dann wurde Marx aus Paris ausgewiesen, weil der König von Preußen es haben wollte. Heine verschwand bald in der Matratzengruft. Engels schilderte verschiedene Male den entsetzlichen Zustand des jahrelang hinsiechenden Dichters, und voller Verbitterung klagt Marx nach Heines Tode über das skandalöse Gebaren der Witwe: „Ueber Heine habe ich allerlei Details erhalten, die Reinhard meiner Frau in Paris erzählt. Darüber ausführlicher ein andermal. Nur das für jetzt, daß das

„Sie aber schon um achte
Trank roten Wein und lachte"

buchstäblich bei ihm eingetroffen. Seine Leiche stand noch im Sterbehaus — am Tage des Begräbnisses —, als der Maquerreau (Zuhälter) der Mathilde mit ihrer Engelsmilde schon vor der Tür stand und sie in der Tat abholte." Konrad.

Woran sie glaubt!

Sie ist eine tüchtige Hausfrau, wählt sogar kommunistisch. — Ihr Mann, ein kleiner Beamter, verdient gerade so viel, daß sie sich an jedem Monatsersten auf den nächsten Ersten „freut". Sie muß noch vermieten und betreut ihre Kinder schön und sauber.

Im Schlafzimmer hängt ein Kreuz Christi, aber bloß deshalb, weil sie sonst nichts hinzuhängen hat, denn glauben will sie nicht viel. Jedes Jahr einmal geht sie in die Kirche. Ihr Mann ist durch den Krieg davon ganz kuriert. Sie meint, ganz ohne Glauben ging's nicht, da würde sie sich fürchten. Wenn es z. B. gewittert und blitzt, dann ist sie froh, noch etwas Glauben zu haben. Ebenso könne man doch nicht ganz genau wissen, wie es nach dem Tode sei. Aber sonst glaube sie nichts.

Ihr Mädchen geht in die Schule, ist infolge falscher Erziehung etwas blöde und zurückgeblieben, seine Schulaufgaben kann es kaum allein machen. Aber oft kann man das arme Kind hören, Gesangbuchverse aufsagen, biblische Geschichten erzählen. Kostbare Stunden gehen damit verloren.

Am Sonntag muß die Kleine in den Kindergottesdienst, nachher muß sie berichten, was der Pfarrer erzählt hat. Unlängst sagte er, man dürfe am Sonntag nicht arbeiten. Das Kind kommt heim und hält der Mutter eine Predigt. Die Mutter schimpft verärgert, der Vater lächelt überlegen. Ich versuche aufzuklären. Die Eltern geben mir Recht und schicken das Mädchen wieder zur Kirche: „die Kinder werden ja dort nichts Schlechtes hören."

Jeden Tag wird das Kind geprügelt, jeden Tag muß es Gesangbuchverse auswendig lernen.

Fast könnte man lachen, wenn der Tatbestand nicht so tieftraurig und so allgemein verbreitet wäre. Hier paart sich Unwissenheit mit Charakterschwäche. Aber finden wir viele Frauen, diese Mütter nicht überall? Was tun wir dagegen? Schimpfen genügt nicht! Austreten aus der Kirche, Jugendgruppen bilden, die Männer dieser Frauen für die Partei und Gewerkschaft interessieren, dann hingehen und aufklären — unermüdlich. Der erste notwendige Schritt aber für jede Kommunistin ist: **Austritt aus der Kirche!**

Urnenfund in der Oberlausitz. Auf einem Felde der Ortschaft Wessel bei Mikkel in der Amtshauptmannschaft Bautzen ist ein Urnenfriedhof ausgegraben worden, dessen Urnen noch gut erhalten sind. Ein großer Teil wurde dem Bautzner Stadtmuseum überwiesen. Sachverständige urteilen, daß der Fund nach in die Jahre 12—1500 vor Christi zurückzuführen ist. Auch wurde noch eine Anzahl Werkzeuge (Beil, Messer, Gabeln) aus Stein ausgegraben.

Probleme des Ostens. Das Sonderheft der Zeitschrift „Die Kommunistische Internationale", das vor wenigen Tagen erschienen ist und Probleme des Ostens behandelt, enthält eine Reihe orientierender Aufsätze über aktuelle Fragen der Kolonialbewegung. Der Chinakonflikt und die Entwicklung der chinesischen Arbeiterbewegung, die Vorgänge in Persien, die in dem Zusammenhang mit dem Weltkampf um die Beherrschung des Petroleums eine besondere Bedeutung haben, der Kampf um Syrien, der neben Marokko eine der schwierigsten Aufgaben für den französischen Imperialismus darstellt, die Situation in Japan und die erwachende Arbeiterbewegung Südafrikas, sowie der Türkei erfahren eine orientierende Behandlung in diesem Heft. Jeder, der sich für diese Fragen interessiert und diese Fragen sind entscheidend für die weitere Entwicklung der Weltrevolution — sollte das interessante Heft kaufen.